Der Antrag 21/361 wurde von den antragstellenden Fraktionen am 14.05.2024 zurückgezogen

21. Wahlperiode

Drucksache **21/361**

HESSISCHER LANDTAG

12. 03. 2024

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD

Kein Platz für Antisemitismus und Rassismus an hessischen Schulen – Fokus auf Wertevermittlung, Demokratieerziehung und politische Bildung legen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag verurteilt jede Form von Antisemitismus und Rassismus. Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben an hessischen Schulen keinen Platz. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und dem in der Zeit des Nationalsozialismus verübten Völkermordes an sechs Millionen Jüdinnen und Juden in Europa bekennt sich der Landtag zum gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus und Extremismus. Der Landtag bekennt sich zum Existenzrecht des Staates Israel.

2. Der Landtag verurteilt erneut entschieden die von der Hamas verübten Terrorakte in Israel und bekundet seine volle Solidarität mit dem Staat Israel. Er betont die zentrale Bedeutung der Sicherheit Israels für Deutschland und Hessen, die Staatsräson ist. Der terroristische Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zeigt die Bedeutung des Rechts des Staates Israel auf Selbstverteidigung. Der Krieg in Israel und im Gazastreifen, wie auch das damit verbundene Leid der Zivilbevölkerung in Gaza darf nie als Legitimationsgrund für antisemitische und israelfeindliche Handlungen dienen.

3. Der Landtag konstatiert, dass gewaltsame Konflikte und Kriege nicht nur im Fokus von Politik und Öffentlichkeit stehen, sondern durch die Omnipräsenz in sozialen Medien selbstverständlich auch Thema in Klassenzimmern und auf Schulhöfen sind. Daher ist es aktuell besonders wichtig, dass an hessischen Schulen die sicherheitspolitische Lage Israels und der Nahost-Konflikt im Unterricht behandelt werden, um über antisemitische Klischees und Ressentiments aufzuklären und sie abzubauen. Der Hessische Landtag duldet keine Relativierung von Terror und keine Geschichtsverfälschung.

4. Für den Hessischen Landtag sind Schulen Orte der Toleranz, Vielfalt, Gewaltfreiheit und Wertevermittlung, an denen Solidarität sowie Respekt vermittelt und gelebt werden und an denen menschenabwertende und demokratiefeindliche Haltungen keinen Platz haben. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung gemeinsam mit ihren Partnern eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten zur Antisemitismusprävention fördert. Antisemitismus- und Extremismusprävention sind gerade vor der historischen Verantwortung Deutschlands ein wichtiger Bestandteil des schulischen Handelns.

5. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Erinnerung an die Shoa an den hessischen Schulen im Unterricht thematisiert wird.

6. Der Hessische Landtag bekräftigt, dass Demokratiebildung eines der wichtigsten Ziele von Schule und die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit ist. Demokratie muss auf der Grundlage des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags erlernt, gelebt, gefördert, geschützt und verteidigt werden. Freiheits- und demokratiegefährdende Ideologien müssen politisch und gesellschaftlich bekämpft werden. Deshalb ist die Demokratiebildung ein zentraler Bestandteil an Schulen.

7. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Schulen einen erheblichen Beitrag zur Demokratiebildung von Schülerinnen und Schülern leisten. Der Landtag begrüßt zudem das Weiterentwickeln demokratiepädagogischer Angebote sowie von Präventionsprogrammen zur Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus.

Eingegangen am 12. März 2024 · Ausgegeben am 15. März 2024
Druck und Auslieferung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden

8. Der Landtag begrüßt darüber hinaus das von den regierungstragenden Koalitionen vereinbarte Vorhaben, in der Grundschule das Bewusstsein für die regionale Umgebung, Kultur und Sprache zu fördern und damit die Identifikation mit der Heimat zu stärken. Hierfür soll eine Schärfung des Kerncurriculums und der Bildungsstandards im Fach Sachunterricht mit Schwerpunkten wie Respekt, Werte, Freundlichkeit, Rücksicht und Heimatkunde in Bezug auf die jeweilige Kommune, das Land und den Bund vorgenommen werden.

9. Der Landtag begrüßt die schulische Einbeziehung von Akteuren der außerschulischen politischen Bildung und die Zusammenarbeit mit Gedenkstätten und Trägern. Hierzu gehören vielfältige Akteure wie z. B. das Demokratiezentrum Marburg, das Jüdische Museum oder die Bildungsstätte Anne-Frank.

10. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Landesregierung die Gedenkstätten sowie Lern- und Erinnerungsorte bei der Umsetzung moderner Ausstellungen und pädagogischer Konzepte, Vermittlungstechniken und digitaler Erinnerungsarbeit unterstützt. Schulausflüge zu Gedenkstätten und Museen, die sich mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus beschäftigen, bieten Gelegenheit, sich aktiv mit der Geschichte auseinanderzusetzen und ein Geschichtsbewusstsein zu schaffen.

11. Der Landtag begrüßt die Zusammenarbeit des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen mit der Gedenkstätte Yad Vashem und die gemeinsame Kooperationsvereinbarung, auf deren Grundlage Schulen Unterstützung durch Materialsammlungen erhalten, die jahrgangsübergreifend im Unterricht einsetzbar sind, wie auch die Möglichkeit für hessische Lehrkräfte zu jährlichen Fortbildungsreisen zur Gedenkstätte.

12. Der Hessische Landtag begrüßt ausdrücklich das entschlossene Handeln des Hessischen Ministers für Kultus, Bildung und Chancen, der gemeinsam mit der israelischen Generalkonsulin Lador-Fresher die Stärkung von Austauschprogrammen zwischen Schulen vereinbart hat. Schulpartnerschaften sowie Schüler- und Jugendaustausche mit Israel sind ein wichtiges Instrument, um sich intensiv mit den deutsch-israelischen Beziehungen und der Geschichte Israels als demokratischem Staat auseinanderzusetzen. Der Landtag befürwortet darüber hinaus den Plan des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, ein Programm anwendungsorientierter Demokratieforschung aufzulegen. Er begrüßt ausdrücklich auch die Tatsache, dass es künftig an allen 14 hessischen Hochschulen eine Selbstverpflichtung zur Einführung einer Ansprechperson bzw. einer Anlaufstelle für Antisemitismus geben wird. Damit nimmt Hessen einmal mehr eine bundesweite Vorreiterrolle ein.

13. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung sowohl mit Beratungsangeboten und Fortbildungen für Schulen und Lehrkräfte als auch mittels Handreichungen umfangreiche Hilfe zur Demokratiebildung und zum Umgang mit Antisemitismus anbietet.

Begründung:

Erfolg mündlich.

Wiesbaden, 12. März 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert